

VERTRAULICH

## B E S C H L U S S P R O T O K O L L   I I

der 41. Sitzung des Bundesrates

vom 21. Dezember 1988

---

Bundespräsident Stich bedauert einmal mehr, dass viele Geschäfte erst sehr spät eingereicht wurden.

Bundesamt für Militärversicherung

Der zu Beginn des Jahres gewählte Direktor war als Magistratsperson des Kantons Luzern bei der Pensionskasse nicht beitragspflichtig. Deshalb konnte keine Freizügigkeit in Anspruch genommen werden. Diese Situation ist damals nicht richtig erkannt worden, so dass erst jetzt ein Beitrag des Bundes an die Einkaufskosten in die EVK zugesprochen wird. Auch wenn die unvollständige Information bei der Wahl bedauert wird, ist der Rat mit dem Antrag einverstanden.

Massnahmen gegen die Inflation der Bodenpreise

Die Antwort auf eine Interpellation aus dem Nationalrat wirft grundlegende Fragen auf, die vertieft geprüft werden sollten. Der Rat wird deshalb eine interdepartementale Arbeitsgruppe einsetzen. Ueber deren Zusammensetzung wird im Januar entschieden.

Kommandant der Territorialzone 10

Die Wahl des neuen Kommandanten der Territorialzone 10 wirft keine Probleme in bezug auf die Pensionskasse auf, da zwischen dem Bund und dem Kanton Neuenburg ein Freizügigkeitsabkommen besteht.

Bäuerliche Preisbegehren

Der Antrag wird ohne Diskussion angenommen. Erstmals hat das EFD auf einen Mitbericht verzichtet. "Dies beunruhigt mich", vermerkt Herr Bundesrat Delamuraz.

Comptes des chèques postaux productifs d'intérêts

L'instauration par les PTT d'un nouveau type de compte de chèques productifs d'intérêts est combattue pour des raisons de fond. C'est grâce au monopole qui est le leur, que les PTT disposent de 4'000 guichets. Ils ont donc un avantage sur les banques qui doivent créer elles-mêmes leur infrastructure. La constitutionnalité du projet est également mise en doute. Les PTT devraient s'occuper des tâches qui sont les leurs. Il ne s'agit que d'un premier pas: dans quelques années d'autres suivront au détriment du secteur privé. Le Conseil ne partage pas cet avis et accepte la proposition, qui d'ailleurs avait



- 2 -

été largement approuvée par le Parlement lors des débats sur le budget. Néanmoins, le Conseil décide que la compétence de fixer les intérêts actifs doit être attribuée au Gouvernement lui-même et non pas être déléguée au Département. L'ordonnance sera complétée dans ce sens.

### Baustellen Ombudsmann

Die von einer Motion geforderte Einsetzung eines Ombudsmanns für Baustellen auf Autobahnen wird von allen als unpassend beurteilt. Soll deshalb die Motion abgelehnt oder in ein Postulat umgewandelt werden? Der Rat beschliesst Umwandlung. Damit wird signalisiert, dass dieses Problem erkannt wird und Lösungen anzustreben sind.

### Energiesparbeschluss

Der Rat hatte die Frist für die Nachrüstung bestehender Bauten mit Wärmehählern von 5 auf 10 Jahre verlängert. Dadurch würde die Frist aber die Gültigkeitsdauer des Beschlusses überschreiten. Der Rat ist deshalb mit einer Frist von 7 Jahren einverstanden.

## AUSSPRACHEN

### Europarat: Insiderkonvention

Die Schweizer Delegation wird der Konvention zustimmen, gleichzeitig aber in einer Erklärung die Gründe darlegen, die es unserem Land verunmöglichen, die Konvention bereits jetzt zu unterzeichnen.

### Archives de M. Dürrenmatt

Le grand écrivain Friedrich Dürrenmatt a décidé de léguer à la Confédération l'ensemble des ses archives. Seule condition: ces archives devront être utilisables et accessibles au public et non pas être simplement entreposées quelque part. Les premières investigations laissent entrevoir la possibilité de constituer un fonds spécifique d'archives de la littérature suisse au sein de la bibliothèque nationale. M. Cotti souligne qu'il s'agit d'un don de grande valeur, car Dürrenmatt a écrit toutes ses oeuvres à la main et ce type d'archives est actuellement très recherché sur le marché. Le Conseil prend connaissance de l'offre généreuse et autorise le DFI à concrétiser ce legs à condition néanmoins qu'on ne crée pas une section Dürrenmatt à l'OFC et que les universités puissent être associées à la mise en valeur de la donation.

### Jeux de la Francophonie

Les associations sportives s'opposent à la participation suisse à ces jeux, et la Conférence des directeurs de l'instruction publique, si elle y est favorable en principe, ne montre pas un intérêt suffisant. Du point de vue de la politique sportive et culturelle, il convient donc de renoncer à cette participation, sauf si d'autres aspects de politique générale devaient avoir la prééminence. Tel n'est pas le cas: le DFAE signalera au Canada qu'il n'y aura pas de présence Suisse.



### Kontaktgremium der Kantone

Soll das Kontaktgremium der Kantone auch nach der Verabschiedung des zweiten Paketes der Aufgabenteilung weiterbestehen? Frau Kopp zeigt sich überrascht, dass die Kantone eine Weiterführung dieses Gesprächsforums fast einhellig befürworten. Als nächstes Diskussionsthema ist die europäische Integration vorgesehen. Die Bundesräte Delamuraz und Felber werden selbstverständlich beigezogen. Der Rat ist damit einverstanden.

### Tempolimiten

Das JPD hat bewusst nur ein Aussprachepapier mit Vor- und Nachteilen der verschiedenen möglichen Lösungen unterbreitet. Vom Bundesrat wird ein Grundsatzentscheid erwartet. Sollen die jetzigen Geschwindigkeiten (80/120) beibehalten werden oder die Lösung 80 für Landstrassen (mit Ausnahmen bis 100) und 130 auf Autobahnen beschlossen werden? Im Rat gehen die Meinungen stark auseinander.

Die geltende Regelung ist als "Zwischenlösung bis zum Wirksamwerden verschärfter Abgasvorschriften" beschlossen worden. Dies ist nun realisiert. Auch sind die Auswirkungen in bezug auf Verkehrssicherheit und Umweltschutz minim. Vor allem auf Autobahnen werden die Limiten nicht eingehalten: dies ist staatspolitisch problematisch. Die Frage hat auch eine hochpolitische Komponente. Werden die jetzigen Limiten beibehalten, so hat die Initiative Tempo 100/130 grosse Chancen. Die Autopartei würde zusätzliche Erfolge buchen und nach einer Annahme der Initiative wäre es kaum noch möglich, eine fortschrittliche Umweltpolitik zu verwirklichen. Werden die Tempolimiten leicht angepasst, so wird die Initiative mit grosser Wahrscheinlichkeit zurückgezogen.

Andererseits wäre die Glaubwürdigkeit des Bundesrates in seiner Umweltpolitik in Frage gestellt. In einem Zeitpunkt, in dem zusätzliche Massnahmen zur Realisierung des Luftreinhaltekonzepts diskutiert werden, nähme der Bundesrat zusätzliche Belastungen in Kauf. Dies würde nicht verstanden. Auch das Energiesparpotential muss berücksichtigt werden. Der Bundesrat sollte sich nicht von taktischen Ueberlegungen beeinflussen lassen: das Volk soll die Möglichkeit haben, einen Entscheid zu treffen. Zahlreiche Organisationen von Aerzten und Umweltschützern sind vehement gegen eine Erhöhung der Tempolimiten und werden die Kampagne gegen die Initiative unterstützen.

Der Rat beschliesst, den Entscheid zu verschieben, um ihn in das neue Massnahmepaket von Elektrowatt zur Luftreinhaltung einzubetten. Dadurch wird es aber kaum möglich sein, die Volksinitiative über die Böhi-Initiative im Juni zur Abstimmung zu bringen.

### BFI / Verwaltungskontrolle / Beratungsstelle für Organisationsfragen

Der Rat hat vor allem Vorentscheide zu treffen, damit BK und EFD die weiteren Vorbereitungen treffen können.

Soll der ganze Problembereich dem Parlament mit einer einzigen Botschaft unterbreitet werden? Der Rat bejaht diese Frage. Bei der Verwaltungskontrolle ist stets im Auge zu behalten, dass das Parlament mitreden möchte. Es ist eine ständige Gratwanderung zwischen Bundesrat und GPK. Falls keine gemeinsame Lösung zustandekommt, ist die GPK bereit, selber einen Dienst für Verwaltungskontrolle einzurichten. Diese Lösung ist genauso wie die Schaffung zweier sich konkurrenzierender Stellen zu vermeiden. Der Rat ist mit dem folgenden Kompromissvorschlag des Bundeskanzlers einverstanden:



- 4 -

Der Dienst für Verwaltungskontrolle nimmt ausschliesslich Aufträge des Bundesrates entgegen. Die GPK erteilt ihre Aufträge über den Bundesrat, der dagegen kein Vetorecht ausüben kann. Er kann höchstens Vorbehalte formulieren, wenn die Kapazität des Dienstes für Verwaltungskontrolle ausgeschöpft ist oder wenn etwas bereits überprüft wurde. Einfache Auskünfte, die keine Aufträge beinhalten, können von der GPK direkt bei dem Dienst eingeholt werden. In jedem Fall muss aber der BK zuhanden des Bundesrates darüber informiert werden.

Der Rat ist ebenfalls der Meinung, diese Fragen seien auf Gesetzesstufe und nicht durch eine Verordnung zu regeln. Dadurch erhält das Parlament Mitsprachrechte. Das Gesetz soll kurz, aber gleichzeitig klar formuliert werden, um Interpretationsstreitigkeiten zu vermeiden.

Schliesslich entscheidet der Rat, das Projekt EFFI-QM-BV bereits im Januar 1989 der Bundeskanzlei zu übertragen.

## UMFRAGEN

### Bundesrätin Kopp

- informiert den Rat über den Entscheid des Bundesgerichts, die Abstimmung über den Verbleib des Laufentals im Kanton Bern zu wiederholen. Der Bundesrat hat sich dazu nicht zu äussern; die Frage interessiert primär die Kantone. Allenfalls wird der Bund gewisse Aufsichtsfunktionen zu übernehmen haben.

### Bundesrat Koller

- Herr Hungerbühler wird seinen Bericht noch vor Weihnachten abliefern. Es stellt sich die Frage der Information der Oeffentlichkeit.
- Entgegen Spekulationen in Medienkreisen hat er von Frau Kopp nur betreffend die Indiskretionen im Fall Sharkarchi die Federführung übernommen. Der Rat bestätigt diesen Stand der Dinge.
- hat die in den Medien und im Parlament erfolgten Vorwürfe gegen die Bundesanwaltschaft untersuchen lassen. Die gelieferten Auskünfte ergeben keine Verdachtsmomente, die ein Strafverfahren rechtfertigen würden. Politisch könnte allenfalls eine Administrativuntersuchung opportun erscheinen. Die Eröffnung eines solchen Verfahrens liegt in der Kompetenz des Departementschefs des JPD.

### M. Cotti

- le déjeuner avec le président de la FIFA Havelange se tiendra en petit cercle. M. Felber et M. Ogi sont d'accord.

### M. Felber

- annonce le décès de l'ambassadeur Cuendet, chef de notre mission en Inde. La Suisse perd un excellent ambassadeur.



- 5 -

**Bundesrat Ogi**

- Beim Raubüberfall auf den Intercityzug Zürich-Winterthur haben die Verbrecher eine Beute von 2,5 Millionen ergattert. Es handelt sich um Geldsendungen der Nationalbank an eine liechtensteinische Bank. Als erste Massnahme wurde verfügt, dass solche Wertsendungen nur noch in Postwagen erlaubt sind.

**Bundespräsident Stich**

- Die SNB hat ihrem Personal eine Teuerungszulage von 2% und eine Realloohnerhöhung von 2,9% gewährt.
- Der Generalsekretär der UNO, Perez de Quellar, hat der Schweiz für ihren Beitrag zur Durchführung der Vollversammlung gedankt.

**Bundeskanzler Buser**

- Die Video Konferenz kann gegen fremde Abhörung geschützt werden, nicht aber gegen den NEMP.
- hat ein Akteneinsichtsbegehren für wissenschaftliche Zwecke erhalten; dem ist stattzugeben. Der Rat ist einverstanden.

Herr Bundespräsident Stich schliesst die letzte Sitzung des Jahres mit einem Dank an seine Kollegen für die Mitarbeit und die Unterstützung.

23.12.1988 AC/Ba

**BUNDESKANZLEI**

geht an:

- Departementsvorsteher/in (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler (2)